

Chronik der Eingemeindung der Gemeinde Ziegelhausen in die
 Stadt Heidelberg

- 1967/68 Bundesweit wird die Idee einer Verwaltungsreform aufgegriffen. In Rheinland-Pfalz hatte der Landtag zwangsweise fast 300 Gemeinden aufgelöst. In Baden-Württemberg wurde das Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vom 26.3.68 verabschiedet. Bereits 1967 wurde durch das Innenministerium eine Kommission für Fragen der kommunalen Verwaltungsreform gebildet, darunter als Unterkommission die Stadt-Umland-Kommission.
- Januar 1969 Regierungspräsident Dr. Munzinger deutet in Karlsruhe die Notwendigkeit einer Eingemeindung von Eppelheim und Ziegelhausen nach Heidelberg an, um angeblich das Problem der verengten Lage Heidelbergs zu lösen. In einer öffentlichen Erklärung, die nachträglich durch den Gemeinderat gebilligt wird, weist Bürgermeister Bollschweiler ein derartiges Ansinnen als sachlich und rechtlich ungerechtfertigt zurück.
- März 1969 Zwischen dem Innenministerium und dem Landkreis Heidelberg wird die sog. Zielplanung besprochen. Für den Landkreis Heidelberg sind 13 Gemeindegruppen geplant. Eppelheim, Wilhelmsfeld und Ziegelhausen sollen nach Heidelberg eingemeindet werden. Dossenheim und Leimen sollen selbständig bleiben.
- August 1969 Gespräche mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe zur Abwehr der geplanten Eingemeindung.
- September 1969 Fortsetzung der Gespräche mit dem Regierungspräsidium, dem Landrat und dem Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg. Der Standpunkt der Gemeinde Ziegelhausen auf Selbständigkeit wird nachhaltig vertreten. Die Sitzung wird wegen Meinungsverschiedenheiten abgebrochen.
- Oktober 1969 Kommission legt Teilgutachten A zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vor.
- November 1969 Fortsetzung der Gespräche mit dem Regierungspräsidenten Dr. Munzinger, Landrat Steinbrenner und den betroffenen Bürgermeistern. Es wird bedauert, daß das Innenministerium kein eigenes Denkmodell vorlegt. Ergebnis: Gespräche zur gemeinsamen Lösung der Probleme - ja -; Eingemeindung - nein -.
- Dezember 1969 Schreiben des Regierungspräsidenten an das Innenministerium: Eine freiwillige Lösung zur Eingemeindung sei wegen der Haltung der Gemeinden nicht zu erwarten. Vorschlag: Partnerschaftliche Teilintegration nach französischem Modell "communauté urbaine".

- Januar 1970 Teilgutachten B der Kommission zur Neuordnung des Stadt-Umlandes wird vorgelegt.
- Mai 1970 Vorschlag der Gemeinde Ziegelhausen, die Probleme auf föderalistischer Basis durch einen Verwaltungsverband zu lösen.
- Mai 1970 Regierungspräsidium übermittelt dem Innenministerium einen Vorschlag, die Gemeinden Dossenheim, Eppelheim, Ziegelhausen, Sandhausen, St. Ilgen, Leimen und Nußloch zu einem Verwaltungsraum mit der Stadt Heidelberg zusammenzufassen.
- November 1970 Information der Landesregierung: "Gemeinde-Reform ist das Kernstück der Verwaltungsreform. Überall im Land sollen Gemeinden mit einer Mindestgröße von 5-8000 Einwohnern geschaffen werden. Zunächst gilt der Grundsatz der Freiwilligkeit. Die Gemeinde-Reform muß sich nach einheitlichen Grundsätzen vollziehen".
- Dezember 1970 Regierungspräsidium Karlsruhe fordert nur noch die Eingemeindung von Eppelheim. Ziegelhausen könne Heidelberg keine Entlastung bringen.
- März 1971 Landesregierung veröffentlicht einen vorläufigen Plan zur Zielplanung. Ziegelhausen ist erneut zur Eingemeindung nach Heidelberg vorgesehen.
- April 1971 Gemeinderat der Gemeinde Ziegelhausen lehnt eine Eingemeindung erneut ab.
- April 1971 Anhörung der Gemeinden durch das Innenministerium zur Gemeinde-Reform. Die Lösung in Form eines erweiterten Stadtkreises (bei Erhaltung der Selbständigkeit der Gemeinden) wird diskutiert.
- Juli 1971 Auf Grund der im April stattgefundenen Anhörung erwägt das Innenministerium die Eingemeindung von Dossenheim, Eppelheim und Ziegelhausen (engerer Verflechtungsbereich)
- November 1971 Ministerpräsident Filbinger lehnt "erweiterten Stadtkreis" ab.
- Januar 1972 Meinungsverschiedenheiten mit der Stadt Heidelberg. Klare Absage zur Eingemeindung.
- Januar 1972 Der Nachbarschaftsverband zur Lösung der Stadt-Umland-Probleme wird diskutiert.
- Februar 1972 Gespräche mit der Gemeinde Wilhelmsfeld wegen eines möglichen Zusammenschlusses.
- März 1972 Gespräche der Gemeinden Dossenheim, Eppelheim und Ziegelhausen mit der Stadt Heidelberg zur Sondierung, welche Bedingungen bei einer freiwilligen Zusammenlegung erfüllt würden. Die Gespräche wurden durch einen Kabinettsbeschuß veranlaßt, wonach die bisherigen Finanzzuweisungen wesentlich reduziert werden, wenn nicht bis zum 2.4.72 eine freiwillige Fusion erfolgt.

3. März 1972 Gemeinderat beschließt eine Bürgeranhörung zur Frage, ob wegen der bevorstehenden drohenden gesetzlichen Eingemeindung mit Heidelberg auf freiwilliger Basis verhandelt werden soll. Die Bürgeranhörung findet nicht statt, da Heidelberg wegen eines angeblich ungenügenden Beschlusses der Gemeinde Eppelheim nicht zustimmt.
- Januar 1973 Wegen der bevorstehenden Verabschiedung der Zielplanung, nach der die Gemeinden Dossenheim, Eppelheim und Ziegelhausen gesetzlich nach Heidelberg eingemeindet werden sollen, bittet Bürgermeister Bollschweiler die CDU-Fraktion, auf politischer Ebene ihren Einfluß gegen eine Eingemeindung geltend zu machen. Die CDU-Fraktion nimmt Kontakte und Gespräche mit Stuttgart auf.
24. Jan. 1973 Der Gemeinderat äußert sich besorgt über die immer drohender werdende Entwicklung. Es wird untersucht, inwieweit es erfolgversprechend ist, mit anderen Gemeinden, wie evtl. Wilhelmsfeld oder Neckargemünd, zu kooperieren. Mit Dossenheim und Eppelheim wird engster Kontakt gehalten.
30. Jan. 1973 Die Landesregierung veröffentlicht den Entwurf einer Konzeption zur Lösung des Stadt-Umland-Problems. Danach sind Eingemeindungen in die Stadt nicht auszuschließen. Im übrigen sind Nachbarschaftsverbände geplant.
5. Febr. 1973 MdL Weiser äußert Zuversicht, daß die Selbständigkeit Ziegelhausens erhalten bleibt.
14. März 1973 MdL Dr. Gaa spricht ein klares "Nein" zu Eingemeindungen.
20. März 1973 In der Presse wird behauptet, die Landesregierung habe die Zielplanung abschließend beraten. Nur Ziegelhausen sei für eine Eingliederung nach Heidelberg vorgesehen.
21. März 1973 Zur Unterstützung des Abwehrkampfes der Gemeinde gegen eine Eingemeindung beschließt der Gemeinderat die Durchführung einer formlosen Bürgeranhörung.
24. März 1973 Aus Stuttgart verlautet, Ziegelhausen sei nicht mehr zur Eingemeindung vorgesehen.
27. März 1973 Die Landesregierung veröffentlicht die Zielplanungskarten. Die Neuordnung des Stadt-Umlandes Heidelberg-Mannheim bleibt ausgeklammert.
- März 1973 Innenminister Schiess erklärt in einem Rundfunkinterview: "Die Landesregierung hat nicht die Absicht, gegen den Willen der Bürger Gebietsänderungen durchzuführen".
- April 1973 Breitangelegte Aktivitäten zur Durchführung der informativen Bürgeranhörung.
29. April 1973 Bürgeranhörung. Von 5500 Stimmberechtigten geben 3.800 ihre Stimme ab, das sind 69 %; davon stimmen 95 % gegen eine Eingemeindung.

4. Mai 1973 Schreiben des Bürgermeisteramtes an das Innenministerium unter Bekanntgabe des Ergebnisses der Bürgeranhörung und nochmaliger Darlegung der Gründe, die gegen eine Eingemeindung sprechen.
4. Mai 1973 Gespräch mit den 4 CDU-Abgeordneten des Rhein-Neckar-Kreises.
9. Mai 1973 Anhörung der Gemeinden zur Zielplanung durch Innenminister Schiess in Eppelheim. Heidelberg fordert die Eingemeindung von Dossenheim, Eppelheim, Leimen und Ziegelhausen. Die Gemeinden verlangen die Selbständigkeit und bejahen einen Nachbarschaftsverband. Bürgermeister Bollschweiler warnt davor, im Stadt-Umland-Bereich Planspiele zu entwerfen, nur um Reformen der Reform willen betreiben zu können.
14. Mai 1973 MdL Udo Kraus beantragt die Selbständigkeit der Gemeinde Ziegelhausen.
23. Mai 1973 Das Innenministerium übermittelt den Zielplanungsentwurf zur Gemeinde-Reform. Danach sollen Dossenheim, Eppelheim und Ziegelhausen nach Heidelberg eingemeindet werden. Empörung der Bürger und Vereine Ziegelhausens über die geplante Eingemeindung.
25. Mai 1973 Landesregierung fordert Eingemeindung der vorgenannten Gemeinden.
28. Mai 1973 Gründung einer Bürgerinitiative zur Erhaltung der Selbständigkeit.
28. Mai 1973 MdL Udo Kraus beantragt beim Ausschuß für Verwaltungsreform die Selbständigkeit der Gemeinden Dossenheim, Eppelheim und Ziegelhausen.
28. Mai 1973 Bürgerinitiative lädt Innenminister Schiess zu einer Podiumsdiskussion ein.
30. Mai 1973 Der Gemeinderat Ziegelhausen lehnt die Zielplanung der Landesregierung ab und beantragt, die Selbständigkeit zu erhalten. Sämtlichen Abgeordneten des Landtags wird eine entsprechende Resolution zugeleitet.
13. Juni 1973 Innenminister Schiess lehnt Einladung der Bürgerinitiative aus Termingründen ab.
20. Juni 1973 Bürgermeister Bollschweiler schreibt sämtliche Abgeordnete des Ausschusses für Verwaltungsreform an und erläutert, daß nach den Leitsätzen für die Gemeinde-Reform keine Argumente vorliegen, die für eine Eingemeindung sprechen.
24. Juni 1973 Der Vorsitzende des Verwaltungsreformausschusses Gomeringer sagt Bollschweiler sorgfältige Prüfung seiner Argumente zu.
- Juni 1973 Überlegungen und Untersuchungen ob Verfassungsklage im Falle einer Eingemeindung erfolgversprechend ist. Ergebnis: keine Aussicht auf Erfolg. CDU-Gemeinderatsfraktion

- führt mit Ministerpräsident Filbinger Gespräche. Es ist kein Abrücken vom Eingemeindungsstandpunkt festzustellen.
22. Juni 1973 Schreiben des Bürgermeisters an Justizminister Dr. Bender und Bitte um Unterstützung der Selbständigkeitsbemühungen. Anlässlich eines Demonstrationzuges der Bevölkerung zum Hotel Stiftsmühle wird das Schreiben persönlich übergeben.
- Juni 1973 Vertreter der Bürgerinitiative sprechen bei Innenminister Schiess vor.
28. Juni 1973 Protestdemonstration der Bürger der zur Eingemeindung vorgesehenen Gemeinden in Eppelheim.
5. Juli 1973 Gespräche zwischen FDP/DVP Landtagsfraktionen und Bürgermeister Bollschweiler im Hotel Stiftsmühle zur Abwehr der Eingemeindung. Die Fraktion sagt Unterstützung zu.
8. Juli 1973 Der Sonderausschuß für Verwaltungsreform des Landtages stimmt dem Antrag des MdL Udo Kraus mit 15:5 Stimmen zu. Demnach soll Ziegelhausen selbständig bleiben.
21. Juli 1973 Landesregierung beschließt trotz der Empfehlung des Sonderausschusses die Eingemeindung von Dossenheim und Ziegelhausen. Eppelheim soll selbständig bleiben.
23. Juli 1973 Schreiben der Bürgerinitiative an Innenminister Schiess.
25. Juli 1973 Schreiben des Bürgermeisters an alle Landtagsabgeordneten mit der Bitte, bei der Schlußabstimmung für Ziegelhausen zu stimmen.
30. Juli 1973 Schreiben der Bürgerinitiative an MdL Weiser, mit der Bitte, sich bei seinen Kollegen für Ziegelhausen einzusetzen.
- August 1973 Die MdL Dr. Gaa, Dr. Hermann, Dr. Scheuer und Weiser bestätigen, bei der Beratung des Schlußgesetzes weiterhin für Ziegelhausen einzutreten.
10. Aug. 1973 Schreiben der Bürgerinitiative an den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Lothar Späth.
18. Sept. 1973 Antwort der CDU-Landtagsfraktion an Bürgermeister Bollschweiler auf dessen offenen Brief: Fraktion kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Stellungnahme abgeben, wie sie sich bei der Schlußgesetzgebung verhält.
25. Okt. 1973 Die Landesregierung erläßt ein Vorschaltgesetz zur Gemeinde-Reform. Die zur Eingemeindung vorgesehenen Gemeinden können keine wesentlichen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Maßnahmen mehr treffen, die vermögenswirksam sind und auch Personalveränderungen sind untersagt.

- 12.Dez.1973 Im Gemeinderat werden Zweifel laut, ob es noch gelingt, die Selbständigkeit zu erhalten.
- 23.Dez.1973 CDU-Gemeinderatsfraktion spricht erneut in Stuttgart vor.
7. Jan.1974 Schreiben von Bürgermeister Bollschweiler an Innenminister Schiess und Einladung nach Ziegelhausen, um ihn zu überzeugen, daß eine Eingemeindung nicht notwendig ist.
- 14.Jan.1974 Bürgerversammlung im Rose-Saal wegen der gesetzlichen Bürgeranhörung. Demonstration gegen eine Eingemeindung.
- 20.Jan.1974 Gesetzliche Bürgeranhörung. Bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 82 % lehnt die Bevölkerung mit 94,5 % eine Eingemeindung nach Heidelberg ab.
- 23.Jan.1974 Schreiben des Bürgermeister an Innenminister Schiess und Wiederholung der Einladung unter gleichzeitiger Aufzählung der Argumente, die gegen eine Eingemeindung sprechen.
- 23.Jan.1974 Gemeinderat lehnt den Gesetzesentwurf der Landesregierung im Rahmen der vorgeschriebenen Anhörung ab.
- 30.Jan.1974 Innenminister Schiess läßt fernmündlich mitteilen, er habe vor der entscheidenden Kabinettsitzung keine Zeit mehr für ein Gespräch mit Ziegelhausen.
- 12.Febr.1974 Der Ministerrat der Landesregierung verabschiedet die Gesetzesvorlage zur Gemeindereform. Ziegelhausen und Dossenheim sind nach wie vor zur Eingemeindung vorgesehen.
- 13.Febr.1974 Gemeinderat ist empört über die Haltung der Landesregierung.
- 18.Febr.1974 Gespräch mit Innenminister Schiess einerseits und CDU-Gemeinderatsfraktion und Bürgermeister andererseits in Schwetzingen. Schiess sagt zu, daß, wenn der Sonderausschuß erneut die Gesetzesvorlage zugunsten Ziegelhausens ändere, er auch bereit sei, eine Niederlage hinzunehmen.
- 20.Febr.1974 Die CDU-Landtagsfraktion beschließt in Bad Herrenalb, bei der Weiterbehandlung der Gesetze zur Gemeinde-Reform für eine Eingemeindung von Ziegelhausen nach Heidelberg zu stimmen. Dossenheim soll nicht mehr eingemeindet werden. Da die CDU im Landtag die absolute Mehrheit besitzt, sind die Chancen Ziegelhausens auf Null gesunken.
- 21.Febr.1974 Gemeinderat beschließt bei einer Gegenstimme, die durch die Stadt Heidelberg angebotenen Gespräche über die im Zusammenhang mit der Gemeinde-Reform aufgeworfenen Fragen aufzunehmen.
- 27.Febr.1974 Der Gemeinderat richtet eine Resolution an die CDU-Landtagsfraktion, in der die Bestürzung über den Beschluß von Bad Herrenalb zum Ausdruck gebracht wird.

5. März 1974 Die CDU-Landtagsfraktion antwortet mit einem hektographierten Schreiben: "Vielzahl von Eingaben erlauben nicht, im einzelnen die Gründe für Entscheidung anzugeben".
11. März 1974 Aufnahme der Gespräche mit der Stadt Heidelberg. Heidelberg erklärt sich im Falle einer Eingliederung durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung bereit, die begonnene Entwicklung der Gemeinde kontinuierlich fortzusetzen, verlangt dafür aber volle Integration.
11. März 1974 Die Abgeordneten Weiser und Dr. Gaa, die bislang den Kampf um die Selbständigkeit Ziegelhausens unterstützt hatten, unterschreiben einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion, der lautet: "Die Gemeinde Ziegelhausen wird in die Stadt Heidelberg eingegliedert". Damit ist das Schicksal der Gemeinde Ziegelhausen faktisch besiegelt.
17. Apr. 1974 Der Gemeinderat berät den Entwurf einer Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Ziegelhausen in die Stadt Heidelberg zum 1. Januar 1975.
18. Apr. 1974 Fortsetzung der Kommissions-Gespräche mit der Stadt Heidelberg. Grundsätzliche Einigung über den Vereinbarungsentwurf.
2. Mai 1974 Der Gemeinderat stimmt in namentlicher Abstimmung bei drei Gegenstimmen der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Ziegelhausen in die Stadt Heidelberg zum 1. Januar 1975 zu.

Auszug aus einem Schreiben der CDU-Landtagsfraktion an die Bürgerinitiative:

"... Es trifft nicht zu, daß Ihre Heimatgemeinde Ziegelhausen "den CDU-Abgeordneten zum Hals rauszuhängen scheint". Viel mehr hat die CDU-Landtagsfraktion über die Lösung in dem Fall Ziegelhausen sehr lange diskutiert und sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Nach einer sehr kontroversen Diskussion hat die CDU-Landtagsfraktion mehrheitlich die Meinung vertreten, daß es richtig sei, die Gemeinde Ziegelhausen nach Heidelberg einzugemeinden. Ich möchte Sie deshalb sehr darum bitten, mir abzunehmen, daß es sich die CDU-Landtagsfraktion nicht leicht gemacht hat, daß aber jetzt die Entscheidung für uns gefallen ist.

Es freut uns, daß die Gemeinde Ziegelhausen und Heidelberg nun Kontakt aufgenommen haben, um zu einer Vereinbarung zu kommen. Dies ist Ausdruck eines gesunden Realitätssinnes der Gemeinderäte beider Gemeinden.

Ich weiß, daß die Antwort an Ihren Bürgermeister, die Sie kritisieren, nicht ganz befriedigt. Haben Sie jedoch bitte Verständnis dafür, daß wir bei den unzähligen Briefen, die uns wegen der Gemeindereform erreicht haben, keinen anderen Weg wählen konnten."

gez. Norbert Schneider, Fraktionsgeschäftsführer